Beratungsstelle für Schwangere
und ihre Familien und für
Frauen im Schwangerschaftskonflikt

donum vitae
Oberberg e. V.

Jahresbericht 2023

Gemeinsam mehr erreichen

Im Oberbergischen Kreis sind insgesamt fünf Schwangerenberatungsstellen aktiv. Außer uns sind in der gesamten Palette der Themen, inklusive der Ausstellung von Beratungsbescheinigungen bei Schwangerschaftskonflikten die AWO-Beratungsstelle in Bergneustadt und die Beratungsstelle beim Gesundheitsamt des Oberbergischen Kreises tätig. Alle drei Beratungsstellen sind jeweils mit einer Vollzeitstelle in der Beratung ausgestattet (bei der AWO aufgeteilt auf zwei Beraterinnen). Dies stellt die Mindestgröße einer staatlich anerkannten und geförderten Beratungsstelle dar. Die größte Schwangerenberatungsstelle mit mehr als zwei Vollzeitstellen im Kreis ist esperanza, die zur Caritas gehört. Alle vier Beratungsstellen bieten an anderen Orten im Kreis Außensprechstunden an, um für die Klient*innen wohnortnah erreichbar zu sein. Im Nordkreis (Hückeswagen, Radevormwald) unterhält die Schwangerenberatungsstelle der Diakonie im Kirchenkreis Lennep Außenstellen. Jede Beratungsstelle hat ihre eigene institutionelle Prägung und teils ergänzende personelle Ausstattung für zusätzliche Projekte. Alle fünf Beratungsstellen arbeiten im Qualitätsnetz seit vielen Jahren vertrauensvoll zusammen. Wir treffen uns mindestens viermal im Jahr um uns über aktuelle Themen, neue gesetzliche Aufgaben, Veränderungen in den einzelnen Stellen etc. auszutauschen und gemeinsame Aktivitäten vorzubereiten und dann auch umzusetzen. Im Berichtsjahr intensivierten wir die Zusammenarbeit insbesondere im Hinblick auf regionale Öffentlichkeitsarbeit und Projekte. Wir entwickelten ein gemeinsames Plakat, das nun in vielen Einrichtungen und Praxen im Oberbergischen Kreis aushängt.[1]

Pressegespräche

Anfang des Jahres wurde ein Neugeborenes in die Gummersbacher Babyklappe gelegt. Die Mutter hatte das Kind ohne ärztliche Betreuung geboren. Im Rahmen einer vertraulichen Geburt hätte sie ohne Preisgabe ihrer Identität im Krankenhaus entbinden können. Das war ihr wahrscheinlich nicht bekannt. Wir Schwangerschaftsberatungsstellen sahen die Notwendigkeit, über die vertrauliche Geburt durch ein Pressegespräch[2] und in den verschiedenen Netzwerken zu informieren und riefen auch alle Verfahrensbeteiligten nochmals zu einem Runden Tisch zusammen. - Ein weiteres Pressegespräch organisierten wir, um die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung von Schwangeren durch die Bundesstiftung Mutter und Kind bekannter zu machen.[3]

Gemeinsamer Stand beim Weltfrauentag

Die Gleichstellungsbeauftragten des Oberbergischen Kreises organisierten zum Weltfrauentag eine Veranstaltung im Forum Gummersbach. Wir Schwangerenberatungsstellen beteiligten uns mit einem gemeinsamen Stand mit Give-aways und Infos und konnten dadurch viele Menschen auf unser vielfältiges Angebot aufmerksam machen. Bei der Pressekonferenz[4] vor Ort wurde neben den verschiedenen Unterstützungsmöglichkeiten für Frauen in Notlagen auch deutlich darüber gesprochen, in welchen Bereichen des Berufslebens und der Gesellschaft zum Teil erhebliche Lücken im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit, Kinderbetreuung, medizinische Versorgung etc. bestehen und sich teilweise gegenwärtig sogar verschärfen. Zusätzlich bot dieser Tag neue Vernetzungsmöglichkeiten untereinander.

Wöchentliche Sprechstunde im Kreiskrankenhaus Gummersbach

In den letzten Jahren wurden bundesweit die Frühen Hilfen etabliert und vom Familienministerium finanziell gefördert. Es handelt sich dabei um Angebote, die sich an Schwangere und Menschen mit Kindern bis drei Jahre richten. In vielen Krankenhäusern mit Entbindungsstationen wurden beispielsweise sog. Babylotsen integriert, die vor Ort Bedarfe bei Patientinnen erkennen, über regionale Unterstützungsmöglichkeiten informieren und ggfs. auch den Kontakt herstellen. Da es dies im Oberbergischen Kreis nicht gibt, zugleich aber sicherlich Bedarfe vorhanden sind, boten wir Schwangerschaftsberatungsstellen der Frauenklinik im Klinikum Oberberg eine wöchentliche Sprechstunde für die Patientinnen auf der Entbindungsstation an. Im Gummersbacher Krankenhaus entbinden jährlich rund 1000 Frauen. Hier gibt es auch eine Kinderklinik mit einer neonatologischen Intensivstation für Frühchen ab der 33. Schwangerschaftswoche.

Unser Angebot wurde umgehend angenommen, so dass nun immer donnerstags am Nachmittag eine Kollegin im Wechsel der vier Schwangerschaftsberatungsstellen direkt auf der Entbindungsstation für Gespräche mit den Patientinnen und ihren Partnern zur Verfügung steht. Wir unterbreiten ganz niedrigschwellig unsere Angebotspalette. So informieren wir beispielsweise über Regelungen der Elternzeit und des Elterngeldes und bieten auch unsere Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen an, was vor allem von Eltern mit Migrationshintergrund gerne angenommen wird. Vereinzelt haben Frauen keine Hebamme für die Nachsorge. Wenn sie eine möchten, können wir sie bei der Suche unterstützen. Das Sprechen über das Geburtserlebnis, das individuell sehr verschieden ist, ist manchen Frauen und Männern ein Bedürfnis, anderen zu intim, um es mit einer Fremden zu teilen. Manchmal treffen wir auf Frauen, die aufgrund einer Komplikation während der Schwangerschaft oder aufgrund einer Hochrisikoschwangerschaft stationär sind. Hier sind wieder andere Themen vorrangig: Sorgen und Ängste, Hoffen und Bangen. Außerdem bestehen logistische Fragen wie die nach der Versorgung und Betreuung älterer Kinder. Vereinzelt können Schwangere noch einen Antrag auf finanzielle Unterstützung aus der Bundesstiftung Mutter und Kind stellen. Einer Frau, die schon entbunden hatte, aber auf die (Früh-)Geburt nicht vorbereitet war, da die Schwangerschaft unbemerkt geblieben war, konnten wir für die Babyerstausstattung mit einer Spende unseres Vereins helfen. - Wir bieten als Externe einen vertraulichen Freiraum, in dem vieles möglich ist, aber nichts muss.

Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit über Trägergrenzen hinweg ist nicht selbstverständlich und bedarf eines guten Umgangs miteinander und gegenseitige Wertschätzung. Es ist für alle ein Gewinn.

1 Wenn ein Leser noch eine Aushangmöglichkeit bei sich hat, bitte melden, denn es gibt noch Plakate.
2 https://www.oberberg-aktuell.de/lokalmix/heimliche-schwangerschaft-a-88337
3 https://www.oberberg-aktuell.de/soziales/hilfe-bei-finanziellen-sorgen-a-94013
4 https://www.oberberg-aktuell.de/lokalmix/umfangreiche-informationen-ueber-die-regionalen-angebote-a-89230

§218 StGB in der politischen Diskussion

Die Bundesregierung strebt eine Neuregelung der Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch an und hat für die Erarbeitung einer neuen gesetzlichen Regelung eine Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin eingesetzt.[1] Zahlreiche Verbände, wie die Träger von Beratungsstellen sowie juristische, medizinische und andere Verbände, die sich mit ethischen Fragestellungen beschäftigen, wurden aufgefordert ihre Stellungnahmen einzureichen. Mit der Neuregelung soll der Stigmatisierung von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen, entgegengewirkt werden und ihre reproduktive Selbstbestimmung gestärkt werden. Außerdem soll die medizinische Versorgungslage flächendeckend sichergestellt werden.

Vom donum vitae Landesverband NRW wurden alle Mitarbeitenden und Vorstände angehalten, sich am Prozess der Meinungsbildung zu beteiligen. In unseren Konferenzen hatten wir Gelegenheit zum Austausch und zur Diskussion. Dabei wurde deutlich, dass sich fast alle Mitarbeitenden eine Regelung außerhalb des Strafgesetzbuches wünschen. Die Mehrheit der Beteiligten sprach sich vor dem Hintergrund der eigenen Beratungserfahrungen zudem für eine Beibehaltung der Beratungspflicht aus. Denn auch wenn eine Pflichtberatung die Selbstbestimmung der Schwangeren einschränkt, so zeigen die Rückmeldungen der Frauen in der Beratung doch, dass die überwiegende Mehrheit von ihnen im Gespräch wertvolle Impulse und Informationen für ihre individuelle Lebenssituation erhält. Ebenso wichtig und verbesserungswürdig wie die Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch sind die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Alle Menschen sollten sexuell gut aufgeklärt sein und über wirksame Verhütungsmethoden Bescheid wissen und diese im besten Falle kostenlos erhalten können. Außerdem sollte die Politik die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen sowie die finanziellen Einschränkungen eines ungeplanten Familienzuwachses abmildern. - Zusätzlich gab es eine Umfrage zum Thema Pflichtberatung bei den Frauen, die eine donum vitae-Beratungsstelle in NRW im Schwangerschaftskonflikt aufgesucht haben.

Dies alles hat Eingang in die Stellungnahme des Landesverbands donum vitae NRW gefunden und ist hier nachzulesen; ebenso die Ergebnisse der Umfrage: https://www.nrw-donumvitae.de/service/aktuelles

Ergänzend möchte ich noch darüber informieren, dass der donum vitae Bundesverband zu einem anderen Ergebnis gekommen ist: Er plädiert in seiner Stellungnahme[2] für die unveränderte Beibehaltung der bestehenden Rechtslage.[3]

1 https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/konstituierung-kommission-reproduktive-selbstbestimmung
2 https://donumvitae.org/aktuelles/meldung/die-verbindliche-beratung-muss-im-entscheidungsprozess-erhalten-bleiben
3 https://www.bundestag.de/resource/blob/908106/1456d1c1f84b5194e89e6ce96c40d382/WD-9-048-22-pdf-data.pdf

Statistik 2023

- Im Berichtsjahr wurden 385 Frauen und Mädchen, seltener Männer und Jungen, von Frau Joos beraten. 130 Frauen befanden sich im Schwangerschaftskonflikt. 255 Personen suchten Rat bei anderen Fragen und Problemen, die im Verlauf einer Schwangerschaft oder auch erst nach Geburt auftraten bzw. so dringend wurden, dass Handlungsbedarf angezeigt war. Insgesamt wurden 454 Beratungen durchgeführt. Zusätzlich kamen noch 175 Informationskontakte (unter 15 Minuten Dauer) hinzu. Dies können kurze telefonische Kontakte oder auch Informationen per Email sein.
- Während es in der Schwangerschaftskonfliktberatung in den meisten Fällen bei einem Gespräch bleibt, sind in den anderen Beratungsbereichen häufig mehrere Gespräche, manchmal über einen längeren Zeitraum hinweg, notwendig. Insgesamt kamen so in der Allgemeinen Schwangerenberatung 320 Beratungen zusammen. Die allermeisten Beratungen fanden face-to-face im Büro statt. Es gibt inzwischen nur noch wenige Anfragen nach telefonischer Beratung oder Videoberatungen.
- Die Anzahl der Schwangerschaftskonfliktberatungen ist nach der Steigerung 2022 in 2023 nur noch minimal angestiegen. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche hat bundesweit seit dem vorletzten Jahr deutlich zugenommen, nachdem sie zuvor über viele Jahre stetig rückläufig war. Offizielle Untersuchungen zu den Gründen sind nicht bekannt, aber zwei Gründe sind naheliegend: Zum einen ist die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter in Deutschland deutlich gestiegen, bedingt durch den Ukrainekrieg und Geflüchtete aus anderen Ländern. Eine ungewollte Schwangerschaft in einer persönlich derart instabilen Lebenssituation auszutragen, ist vielen Frauen nicht möglich. Zum anderen gibt es in unserer Gesellschaft einen Trend zur Ablehnung von hormonellen Verhütungsmethoden, der insbesondere durch die sozialen Medien verstärkt wird. Da jedoch die alternativ angewandten Verhütungs-Apps kaum faktische Sicherheit bieten und die Verhütung mit Kondomen auch ein deutlich höheres Risiko bedeutet, kommt es vermehrt zu ungeplanten Schwangerschaften und damit auch zu mehr Schwangerschaftsabbrüchen. Die Verhütungsberatung wird ein immer wichtigeres Thema in den Beratungen.
- Deutlich angestiegen ist die Anzahl der Beratungen nach Geburt eines Kindes. Dies ist vor allem auf die regelmäßigen Besuche auf der Entbindungsstation des Gummersbacher Krankenhauses zurückzuführen.
- Elf Frauen informierten uns nach einer Schwangerschaftskonfliktberatung über ihre Entscheidung für das Kind trotz schwieriger Lebensumstände. Von den meisten Frauen erhalten wir jedoch keine Rückmeldung darüber, welchen Weg sie gewählt haben.
- 36 Frauen erhielten 2023 bei uns Mittel aus der „Bundesstiftung Mutter und Kind“. Diese wird vorwiegend für die Baby-Erstausstattung und Schwangerschaftskleidung bewilligt. Obwohl der Berechtigtenkreis durch die deutliche Erhöhung der Einkommensgrenzen der Bundesstiftung gestiegen ist und die hohe Inflation viele Menschen in finanzielle Bedrängnis brachte, ging die Zahl der Antragstellerinnen geringfügig zurück (Vorjahr 39 Fälle).
- Mit Spendenmitteln konnten wir 16 Personen in finanziellen Notlagen helfen, die nicht anderweitig gedeckt werden konnten. Überwiegend handelte es sich dabei um Zuschüsse zu langfristigen Verhütungsmitteln und in Einzelfällen um Baby-Erstausstattung sowie um Arztkosten für eine nichtversicherte schwangere Klientin.

  Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen privaten Spendern und bei der Generalstaatsanwaltschaft Köln für Bußgeldzuwendungen an uns! Durch Ihre finanziellen Zuwendungen können wir unser Beratungsangebot in Einzelfällen mit materieller Unterstützung ergänzen. Dabei wird vor jeder Bewilligung die finanzielle Situation sorgfältig geprüft.
- Acht geflüchtete Frauen beantragten finanzielle Unterstützung aus dem Verhütungsmittelfonds des donum vitae Landesverbandes, den das Land NRW ermöglicht hat.
- Unsere Beratungsstelle ist in der Region gut vernetzt. Frau Joos ist in 14 Netzwerken vertreten. Dabei handelt es sich überwiegend um die Netzwerke der Frühen Hilfen, die alle 13 Kommunen des Oberbergischen Kreises vorhalten müssen. Man trifft sich dort teils persönlich, teils per Video mehrfach im Jahr.

Gruppenveranstaltungen

2023 gab es Anfragen von drei Schulen nach sexualpädagogischen Gruppenarbeiten. Unsere Honorarkraft Frau Müller erreichte dabei in sechs Gruppen insgesamt 111 Mädchen, überwiegend der Klassen 8, einmal auch die 9. Klassenstufe. Die Themen sind sehr vielfältig und richten sich auch an den Interessen der Schülerinnen aus. Mit verschiedenen Methoden wie z. B. einem Quiz oder Rollenspielen werden Fragen nach Partnerschaft und Liebe, Verhütung, Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch erörtert. Vermehrt gibt es individuelle Fragen zu digitalen Medien, zur medialen Selbstdarstellung und der damit verbundenen Gefahren wie Sexting, Sextorsion, Cybermobbing und Cybergrooming. Immer wieder suchen einzelne Schülerinnen nach der Gruppenphase noch Einzelgespräche mit Frau Müller. Außerdem gibt es im Anschluss in der Regel ein Auswertungsgespräch mit der Lehrkraft, natürlich unter Wahrung der Schweigepflicht gegenüber den einzelnen Schülerinnen. - Die Honorare für Frau Müller werden aus Spenden finanziert. Für die Schulen entstehen keine Kosten.

Unser Vorstand

Das Amt des Vorstandsvorsitzenden hat Herr Günter Jochum inne. Die beiden Stellvertreter sind Herr Ralph Kühr und Frau Dr. Ute Sabel. Als Beisitzer fungieren Herr Dr. Wolfgang Sabel und Herr Franz-Rudolf Roth. Der Vorstand übt seine Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Unsere Fachkräfte

Die Arbeit in unserer Beratungsstelle wird in langjährig bewährter Weise von unseren beiden hauptamtlichen Mitarbeiterinnen geleistet. Frau Elsbeth Joos berät und begleitet Frauen und ihre Familien nun seit 13 Jahren bei uns. Mit ihrer langen Berufserfahrung als Diplom-Sozialarbeiterin und ihrer zusätzlichen Qualifikation als systemische Familientherapeutin kann sie unseren Klient*innen in vielen sozialrechtlichen Bereichen kompetente Auskünfte und Unterstützung bieten und gleichzeitig auch bei sehr belastenden Situationen wie z. B. unerfülltem Kinderwunsch, Fehlgeburten, Ängsten in der Schwangerschaft etc. psychisch stabilisierend wirken. Frau Joos ist in Vollzeit für uns tätig.

Im Verwaltungsbereich ist Frau Heike Runow seit 22 Jahren mit einer halben Stelle für uns tätig. Sie erledigt einerseits die anfallenden Sekretariatsaufgaben für die Beratungsstelle und für den Verein. Zusätzlich übernimmt sie die gesamte Buchhaltung und die Abrechnungen mit dem Landschaftsverband Rheinland und dem Oberbergischen Kreis, die ja unsere Beratungsstelle finanzieren. Lediglich die Gehaltsabrechnungen sind ausgelagert.

Für sexualpädagogische Veranstaltungen an Schulen und in anderen Einrichtungen beauftragen wir zusätzliche Fachkräfte auf Honorarbasis. Frau Müller übernimmt diese Aufgabe schon seit 13 Jahren für die Mädchengruppen. Die Stelle für eine männliche Honorarkraft ist nach wie vor vakant, so dass wir derzeit kein spezielles Angebot für Jungen anbieten können.

Fortbildungen

Frau Joos nahm an den Fachkonferenzen des Landesverbandes und an mehreren Fachtagen mit folgenden Themen teil: „Medizinische Fachinformationen“, „(Ur)Vertrauen - Trauma - Bindung“, „Selbstbestimmt“ und „Fachlicher Austausch zu Elterngeld und Elternzeit“. Außerdem besuchte sie das 2-tägige Fachsymposium des Jugendamtes Gummersbach, das thematisch die Vielfalt der Arbeitsbereiche eines Jugendamtes abdeckte.

Frau Runow nahm an den Fachkonferenzen des Landesverbandes teil sowie an diesen Veranstaltungen: „Rücklagenbildung im Verein“, Austausch Verwaltungsfachkräfte“ und „Sichere Passwörter - warum?“.

Beide Mitarbeiterinnen ließen sich hinsichtlich der neuen Fachdatenerhebung.NRW schulen.

Die Veranstaltungen wurden überwiegend online, teils aber auch in Präsenz durchgeführt.

Dieser Jahresbericht wurde von Frau Joos erstellt.

Impressum

donum vitae Oberberg e.V.

Anschrift:	**donum vitae Oberberg e.V.** Beratungsstelle für Schwangere und ihre Familien und für Frauen im Schwangerschaftskonflikt **Gummersbacher Str. 17** **51645 Gummersbach**
Telefon:	**02261/816750**
Fax:	**02261/816752**
E-mail:	**gummersbach@donumvitae.org**
Homepage:	**www.gummersbach-donumvitae.de**
Terminvereinbarung:	Mo: 8:30 – 13:10, Di – Do: 8:30 – 12:30, Fr: 8:30 – 11:45 Uhr
Außensprechstunde:	**Dr. Goldenbogen-Str. 1-3, 51545 Waldbröl** nach telefonischer Voranmeldung unter 02261/816750
Spendenkonto:	**Konto (IBAN) DE77384500000000210443** **Sparkasse Gummersbach** **(BIC) WELADED1GMB**